

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt, Rieser, General Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißner.

Postamt: Rieser, 1000, Telegrafische Anstalt: Rieser, 22.

Nr. 23.

Montag, 28. Januar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 12.—31. Januar 1924 2.20 Mk. einschl. Dringelohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligung Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilagen keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstraße: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Anklagen Macdonalds gegen Frankreich.

Paris. Der Direktor des „Quotidien“ hat eine Unterredung mit Ramsay Macdonald. Der englische Premierminister sagte:

„Man wirft Frankreich die Ruhrbesetzung vor, die nach unserer Ansicht die Hauptursache der wirtschaftlichen Notlage ist, die heute auf England lastet. Man wirft Frankreich vor, daß es nicht genügend Rücksicht auf die höheren Interessen Europas genommen habe und daß es gar keine Rücksicht auf die besonderen Interessen Englands nimmt. Außerdem wird nach der allgemeinen Ansicht die moralische und finanzielle Unterstützung, die Frankreich den kleinen Nationen für ihre Befreiung angedeihen läßt, einen neuen Krieg unvermeidlich machen. Frankreich entwertet unser Volk, das sich in aller Aufrichtigkeit fragt, ob es sich nicht in die Notwendigkeit versetzt sieht, seinerseits militärische Vorbereitungen zu treffen und neue Allianzen zu suchen.“

Macdonald sagte weiter, er wolle nicht von der Verantwortung sprechen, die die Geschäftslage und die Arbeiterangelegenheiten größerer industrieller Kombinationen hätten, deren Vorhandensein man meldet und die gegen England gerichtet zu sein scheinen. Er wolle auch nicht von der Verantwortung sprechen, die die eigene Sicherheit spreche, die von Englandern angesichts der ungesicherten Verhältnisse Frankreichs empfunden werde. Aber er müsse sagen, daß die besten Helfer beunruhigt und misstrauisch seien. Es sei die Aufgabe der letzten Regierung, die Gefahren abzuwehren, die der von ihm, Macdonald, gekennzeichnete Zustand herbeiführen könnte. Seine persönliche Überzeugung aber sei, daß im Grunde genommen das englische und das französische Volk Freundschaft für einander empfänden und daß die gefährliche Welle, die heute aufsteige, von einem gegenseitigen Mißverständnis der wirklichen Bedürfnisse und der wirklichen Wünsche herrühre. Deshalb müsse man sich offen aussprechen, wodurch man, wie er glaube, alle Mißverständnisse beseitigen könne. Macdonald erklärte ab dann, er glaube nicht, daß die Sachverständigenausschüsse in dem engen Rahmen, den man ihrer Aktion gegeben habe, befriedigende Lösungen schaffen könnten. Auf die Frage, ob die englische Regierung vorschlagen werde, den Ausschüssen einen größeren Spielraum zu gewähren, antwortete Macdonald: „Wir werden abwarten, bis die Ausschüsse selbst dies verlangen. Wenn sie es tun, werden wir wahrscheinlich ihre Forderungen unterstützen.“

Auf die Frage, ob im Falle der Belagerung der französischen Regierung die englische Regierung eine Konferenz mit weitergehenden Befugnissen vorschlagen werde, antwortete Macdonald, er könne im Augenblick nur sagen, wenn sich Meinungsverschiedenheiten mit der französischen Regierung ergäben, würde man mit ihr verhandeln. Der Interviewer fragte weiter, wenn die Berichte der Sachverständigenausschüsse vorliegen, werde dann die englische Regierung hinsichtlich der Reparationszahlungen und der Sicherheit Frankreichs der französischen Regierung bestimmte Vorschläge unterbreiten? Auf diese Frage gab Macdonald folgende Antwort: „Obwohl ich ganz bestimmte Ansichten über die beiden Fragen habe, glaube ich, mich noch nicht offen auf diese oder jene Prozedur festlegen zu können, ohne vorher mit meinen Kollegen verhandelt zu haben. Ich zögere aber nicht, zu erklären, daß nach meiner inneren Überzeugung auch die härtesten Maßnahmen Frankreichs niemals genügen werden, die Sicherheit des französischen Gebietes zu gewährleisten. Ich wünsche, daß Frankreich aufhört, sein Vertrauen einzeln und allein auf die militärische Macht zu gründen, und daß es bereit ist, welchen größeren Schutz es im Völkerbund finden könnte.“

Auf die Frage über das Verhältnis der Reparationsregelung zu den interalliierten Schulden antwortete Macdonald: „Wir sind der Ansicht, daß die Frage der französischen Schulden gegenüber England nicht angeknüpft werden kann, ohne daß zu gleicher Zeit die gesamte europäische Lage

erörtert würde. Ich werde niemals zulassen, daß diese beiden Fragen von einander getrennt werden.“

Der Interviewer fragte: Wenn Frankreich seine Forderungen gegenüber Deutschland auf einen vernünftigen Betrag herabsetzt, wird Ihre Regierung zum Ausgleich die Forderungen gegenüber Frankreich und gegenüber Deutschland herabsetzen, oder glauben Sie, daß das Abkommen zwischen England und den Vereinigten Staaten England zwingt, die Beträge zu fordern, die es selbst an Amerika bezahlen muß? Macdonald antwortete: „Ueber diese Frage kann ich mich nicht äußern. Unsere Regierung muß angesichts der kommenden Verhandlungen mit Frankreich freie Hand haben. Zwingen Sie mich also nicht zu vorläufigen Erklärungen.“

Macdonald sprach sich ab dann über den Völkerbund aus und erklärte: „Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde für Frankreich im Osten die beste Sicherheitsgarantie sein.“ Auf die Frage, ob, wenn die französisch-englischen Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, die englische Regierung den Streitfall vor den Völkerbund bringen werde, erklärte Macdonald, er hoffe auf eine Verständigung mit Frankreich.

Auf die Bemerkung, daß auch Poincaré in Frankreich Gegner seiner Politik habe, daß diese aber glauben, eine

Räumung des Ruhrgebietes

sei nicht möglich, bevor andere Bürgschaften geschaffen seien, antwortete der englische Premierminister: „Das weiß ich. Aber wir werden demnächst den Realitäten gegenüber gestellt werden oder wir werden uns an den Abgrund führen lassen.“

Die französische Ruhrbesetzung bringt keinem Vorteil, weder Frankreich, noch England, noch irgend jemandem, aber sie birgt in sich die Keime für alle möglichen Katastrophen.

Man spricht von Sicherheiten, aber wenn der augenblickliche Zustand andauert, wird man, ehe zwanzig Jahre vergangen sind, sehen, welche Art von Sicherheiten die Ruhrbesetzung Frankreich gegeben hat.

Wir müssen an die Zukunft und an die Erhaltung des Weltfriedens denken. Wir dürfen weder die materiellen noch die psychologischen Faktoren außer Acht lassen. Es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß man auf längere Zeit ungetröstet eine Nation in ihren Interessen schädigen oder in ihrem Stolz erniedrigen kann.“ Auf die Frage, ob Macdonald der Ansicht sei, daß die deutschen Demokraten aufrichtige Pazifisten und aufrichtig geneigt seien, Reparationen zu zahlen, antwortete er, er sei dessen sicher. Auf die fernere Frage, ob die Demokratie bald die reaktionären Parteien in Deutschland beherrschen könne, antwortete Macdonald: „Wir Arbeiter haben die Pflicht, eine Politik zu betreiben, die, soweit es in unserer Macht liegt, der deutschen Demokratie den Aufstieg zur Regierung erleichtert. Wenn man aber beharrlich eine Politik betreibt, durch die man den deutschen Reaktionsären in die Hand spielt, dann wäre das eine Torheit, die allen teuer zu stehen käme, den Franzosen, den Engländern und ganz Europa.“

Auf die Frage nach der Meinung Macdonalds über die separatistische Bewegung im Rheinland

und in der Pfalz antwortete dieser, seine Ansicht sei sehr einfach und sie sei die von ganz England:

„Wenn eine separatistische Bewegung spontan aufsteigt, dann geht uns das gar nichts an. Aber wenn diese Bewegung durch eine auswärtige Macht in Szene gesetzt wird, dann sind wir der Ansicht, daß der Friedensvertrag von Versailles verletzt ist und wir werden uns hier formell weigern, diese separatistische Regierung anzuerkennen, die mit solchen Mitteln eingeleitet worden ist.“

Der französisch-tschechische Bündnisvertrag.

Paris. Der Freundschafts- und Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei wird heute veröffentlicht. Er lautet u. a.:

Die Regierung der französischen Republik und die Regierung der tschechoslowakischen Republik, fest auf dem Grundsatze stehend, die durch den Welt über den Völkerbund festlich bestätigten internationalen Verpflichtungen zu respektieren;

gleichmäßig beflissen, den Frieden zu wahren, dessen Erhaltung für die politische Stabilität und die wirtschaftliche Ordnung Europas notwendig ist;

entschlossen, zu diesem Zweck die Wahrung vor der rechtlichen und politischen, durch die gemeinsam unterzeichneten Verträge festgelegten internationalen Ordnung zu sichern;

in der Meinung, daß zur Erreichung dieses Zieles für die wechselseitigen Sicherheitsgarantien gegen einen evtl. Angriff und zur Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen notwendig sind;

haben zu ihrem bevollmächtigten Vertreter bestimmt, und zwar der Präsident der französischen Republik Herr Raymond Poincaré, Ministerpräsident; der Präsident der tschechoslowakischen Republik Herr Dr. Benes, Minister für auswärtige Angelegenheiten, die nach Austausch ihrer Vollmachten, welche in richtiger und gebührender Form gefunden wurden, sich auf folgende Dispositionen geeinigt haben:

Art. 1. Die Regierungen der französischen Republik und der tschechoslowakischen Republik verpflichten sich, sich über

auswärtige Fragen ins Einvernehmen zu setzen, die imstande waren, ihre Sicherheit zu bedrohen, und die der durch die Friedensverträge, deren Signatäre sowohl die eine wie die andere Regierung sind, festgelegten Ordnung zum Schaden gereichen könnten.

Art. 2. Die hohen Vertragsparteien werden über die geeigneten Maßnahmen zur Sicherung ihrer gemeinsamen Interessen, falls diese bedroht werden, übereinkommen.

Art. 3. Die hohen Vertragsparteien bestätigen, daß sie vollkommen einig sind über die absolute Notwendigkeit, im Hinblick auf die Erhaltung des Friedens einen gemeinsamen Standpunkt zu einem eventuellen Verstoß, die Hohenzollerndynastie in Deutschland zu rekonstruieren, einzunehmen und verpflichten sich über die Maßnahmen übereinkommen, die in diesem Falle getroffen werden müssen.

Art. 4. Im Einklang mit dem im Vort über den Völkerbund ausgebrachten Prinzipien verpflichten sich die hohen Vertragsparteien für den Fall, daß zwischen ihnen in Zukunft kritische Fragen entstünden, welche durch freundschaftliche Vereinbarung oder auf diplomatischem Wege nicht gelöst werden könnten, diesen Streit entweder dem ständigen Gerichtshof für internationale Justiz oder einem oder mehreren von ihnen gewählten Schiedsrichtern vorzulegen.

Art. 5. Die hohen Vertragsparteien verpflichten sich, von früher abgeschlossenen Übereinkommen, die ihre Politik in Mitteleuropa interessieren, Mitteilung zu machen und sich gegenseitig vor dem Abschluß neuer solcher Abkommen zu beraten. Sie erklären, daß in dieser Hinsicht in diesem Vertrage den obenwähnten Übereinkommen und insbe-

sondere dem Bündnisvertrag zwischen Frankreich und Polen, den von der Tschechoslowakei mit der österreichischen Bundesregierung, mit Rumänien und mit dem Königreich Serbien-Kroatien-Slawonien geschlossenen Übereinkommen oder Abkommen und ebenso auch dem durch den Austausch der Urkunden vom 8. Februar 1921 zwischen der italienischen Regierung und der tschechoslowakischen Regierung konstatierten Übereinkommen nicht entgegensteht.

Art. 6. Dieser Vertrag wird dem Völkerbund im Einklang mit Art. 18 des Statutes mitgeteilt werden.

Dieser Vertrag wird ratifiziert und die Ratifikationsurkunden werden ebenfalls in Paris ausgetauscht werden.

Ein bedeutungsvoller Besuch Japars bei Poincaré.

Paris. Der belgische Minister des Auswärtigen Japaz, der erst vor Tagen hier weilte, ist gestern nachmittags 1 Uhr unerwartet in Begleitung seines baltischen Dolmetschers in Paris eingetroffen. Er hat sich nach kurzen Verweilen in der belgischen Botschaft zu Poincaré begeben. Zwischen den beiden Staatsmännern entspann sich eine zweistündige Unterredung, der man in politischen Kreisen größte Bedeutung beimiht. Am Quai d'Orsay besonders bewahrt man über den Inhalt der stattgefundenen Besprechung das größte Stillschweigen und gibt sonst zu verstehen, daß es sich um einen der Stillschweigen handele, die belgische Politik von Zeit zu Zeit dem französischen Ministerpräsidenten machen. Wir glauben jedoch zu wissen, daß im Verlauf der gestrigen Sitzung sowohl das Reparations- und Währungsproblem, als auch die Tätigkeit der Sachverständigenausschüsse durchgesprochen wurden, ferner die belgischen Sachverständigenarbeiten, zu denen der belgische Außenminister dem französischen Ministerpräsidenten neue Belege lieferte. Schließlich hat nach Ansicht der politisch unterrichteten Persönlichkeiten Poincaré und Japaz, und das dürfte den Hauptgegenstand ihres Gesprächs gebildet haben, Ansichten über die neue politische Lage, zumal im Hinblick auf den politischen Umschwung in England ausgetauscht. Gestern abend hat Japaz bei Poincaré gefastet und Dr. Benes bei dieser Gelegenheit gesehen. Dem Empfang wohnten unter anderen der Pariser belgische Gesandte, sowie die belgischen Delegierten in der Deputation, mit denen Japaz am Nachmittag gleichfalls eine Aussprache gehabt hat.

Mißtrauen gegen deutsche Zahlen.

Paris. Der Pariser Ausgabe des „New York Herald“ zufolge hat man im Sachverständigenausschuss beschlossen, die Zahlen, die die deutschen Behörden im Verlaufe der Untersuchung vorlegen werden, nicht als richtig hinzunehmen. Die Sachverständigen werden vielmehr die englischen und belgischen Buchhaltungssachverständigen, die die deutschen Aufstellungen zu prüfen haben, anweisen, einen genauen Vergleich der deutschen Angaben mit den bisherigen Untersuchungsergebnissen des Garantiekomitees anzustellen.

Paris. Das Sachverständigen-Komitee Dames hat seine Besprechungen mit den Eisenbahn-Sachverständigen Le Verge und Newort abgeschlossen und sie beauftragt, gemeinsam einen zusammenfassenden Bericht über die erörterten Fragen vorzulegen. Dieser wird etwa 10 Tage vorgelesen. Die Eisenbahn-Sachverständigen werden also in der ersten Februarwoche, und zwar in Berlin, auf neue zu den Arbeiten des Komitees Dames ausgesogen werden. Dieses tritt heute Montag vormittags, vielleicht sogar auch am Nachmittag noch einmal in Paris zusammen. Daraus zufolge wird es sich in Berlin 10 bis 14 Tage aufhalten.

Ministerbesprechung in der Reichskanzlei.

Sonabend nachmittags fand in der Reichskanzlei eine Ministerbesprechung unter Vorsitz des preussischen Ministerpräsidenten statt. Reichsamtpräsident Dr. Schacht erstattete Bericht über seinen Pariser Aufenthalt, woran sich eine Aussprache über außenpolitische Fragen anschloß. Auch die Rhein- und Ruhrfragen wurden eingehend erörtert, wobei sich erneut das völlige Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung ergab.

Teilweise Güters- und Postverkehrsperre nach dem besetzten Gebiet.

Elberfeld. Wegen der durch die französische Zollbehandlung in Ruenderoth hervorgerufenen Störungen im Eisenbahnbetrieb mußte die Annahme von Gütern mit Ausnahme derjenigen von Lebensmitteln, lebenden Tieren, Arzneimitteln und Futtermitteln über Ruenderoth erneut gesperrt werden. Die Schwierigkeiten in Ruenderoth beruhen auf der äußerst langwierigen Zollkontrolle. Als Folge dieser französischen Maßnahme sammelten sich auf den vor Ruenderoth gelegenen Strecken bereits 224 für die englische Zone bestimmte Güterwagen an.

Der Postverkehr nach dem besetzten Gebiet über Bohwinkel hat gesperrt werden müssen, weil die Zollabfertigung in Bohwinkel dem Verkehr nicht gemessen hat. Zur Zeit stehen allein im Bezirk der Reichsbahndirektion Elberfeld schon 178 Güterwagen mit Postpaketen, die für die englische besetzte Zone bestimmt sind. Die Bewohner dieser Zone werden von dieser Sperremaßnahme umso schwerer getroffen, als von der Regie Güter aus der Kölner Zone überhaupt nicht und nach der Kölner Zone nur Lebensmittel zur Beförderung übernommen werden.